



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der AK Wien

Antrag Nr. 4

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
an die 167. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 14. November 2016

KLARE RAHMENBEDINGUNGEN ZUM AUTOMATISIERTEN FAHREN

Automatisiertes Fahren, also das selbständige, zielgerichtete Fahren eines Fahrzeugs im realen Verkehr ohne Eingriff des Fahrers, hält in seinen unterschiedlichen Abstufungen und Facetten nach und nach Einzug in unser Verkehrssystem. Im Frühjahr 2016 wurden in Österreich die gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Einstieg in das automatisierte Fahren festgelegt.

Automatisiertes Fahren bedeutet, dass Fahrzeuge und Infrastruktur stärker vernetzt sein werden, womit ua auch ein effizienteres und sichereres Verkehrssystem erreicht werden soll.

Der Einsatz automatisiert fahrender Fahrzeuge muss zu mehr Nachhaltigkeit im Verkehr, zu höherer Verkehrssicherheit sowie Leistbarkeit von Mobilität beitragen. Automatisiertes Fahren muss weiters auch zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Verkehrssektor führen.

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien richtet folgende Forderungen an den EU-Gesetzgeber sowie an die Bundesregierung, mit den Zielen, eine qualitätsvolle Beschäftigung und ein nachhaltiges Verkehrssystem im Hinblick auf den Einsatz von automatisierten Fahrzeugen sicherzustellen:

- Sogenannte „moralische Entscheidungen“ (welche Opfer warum bei Unfällen des automatisierten Fahrens in Kauf genommen werden) müssen gesellschaftlich diskutiert und von der Politik vorgegeben werden und liegen weder im Ermessen der Hersteller noch der einzelnen NutzerInnen.
- Anfallende Daten dürfen nicht kommerziell genutzt werden. Sie dienen lediglich den ausführenden Stellen zur Information bezüglich Verkehrssituation, Verkehrsmodellierungen, Flottenmanagement usw. Auch Gesetzgeber, Behörden und Forschungsinstitutionen haben Zugriff zu diesen Daten.
- Die Finanzierung von möglichen notwendigen Anpassungen der Verkehrsinfrastruktur müssen durch HerstellerInnen und NutzerInnen der automatisierten Fahrzeuge mitgetragen werden, dauerhafte Subventionen durch die Allgemeinheit werden abgelehnt.
- Fragen der Haftung können nicht automatisch auf die LenkerInnen abgewälzt werden. Es braucht klare Regeln für die Haftung der unterschiedlichen Beteiligten (ua HerstellerInnen, DienstleisterInnen, InfrastrukturbetreiberInnen, andere beteiligte VerkehrsteilnehmerInnen, NutzerInnen automatisierter Fahrzeuge).
- Automatisiertes Fahren darf nicht zu Berufsbildern führen, in denen ArbeitnehmerInnen nur noch monotone oder unqualifizierte Resttätigkeiten durchführen. Vielmehr bedarf es einer Aufwertung der Berufsbilder und der frühzeitigen Definition neuer Berufsbilder samt Ausbildungscurricula.



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der AK Wien

- Sämtliche Ausbildungsschienen zur Erlangung von Lenkberechtigungen und Befähigungsnachweisen sind rechtzeitig an die neuen Anforderungen des automatisierten, vernetzten Fahrens anzupassen.
- Welche Straßen für automatisiertes Fahren adaptiert und freigegeben werden, muss verkehrspolitischen und gesellschaftlichen Zielen folgen. So beispielsweise im ländlichen Raum, in dem automatisiertes Fahren die Funktion des kleinräumigen öffentlichen Verkehrs bzw des Zubringers zu den ÖV Achsen übernehmen kann.
- Platooning, also ein Fahrzeugkonvoi, bei dem mehrere Fahrzeuge per WLAN-Verbindung aneinander gekoppelt sind, hat nicht nur Vorteile, sondern ist mit einer Reihe von offenen Fragen und Problempunkten behaftet, ähnlich wie die Diskussion um die Einführung von „Gigalinern“ (kostspielige Anpassungen bei der Infrastruktur, Verkehrssicherheitsfragen etc). Ein Ignorieren dieser auch mit hohen Kosten verbundenen Aspekte würde zu einem Wettbewerbsnachteil für ökologische Verkehrsträger führen. Es muss daher nicht nur eine umfassende und eingehende technische Beurteilung, sondern auch eine gesamtwirtschaftliche Kosten-Nutzen-Analyse, sowie eine gesellschaftspolitische Diskussion über die Sinnhaftigkeit des Einsatzes dieser neuen Technologie erfolgen.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig